

Organe (Angabe nach § 285 Nr. 10 HGB)

Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann Vorsitzender	Vorsitzender der Vorstände DEVK Versicherungen
Hans-Jörg Gittler	Vorsitzender des Vorstands BAHN-BKK
Hanka Knoche	Mitglied des Vorstands BAHN-BKK i.R.
Dr. Kristian Loroch	Stellv. Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Wolfgang Müller	Mitglied des Betriebsrats DEVK Versicherungen, Zentrale Köln
Frank Schmidt	Fachgebietsleiter Produktentwicklung/Geschäftssteuerung Sach/HUK DEVK Versicherungen, Zentrale Köln

Vorstand

Jürgen Dürscheid (bis 31. Mai 2024)	Köln
Dirk Kopisch	Düsseldorf
Martin Wierer (ab 1. Juni 2024)	Bonn
Dr. Michael Zons (bis 31. Mai 2024)	Köln

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Gesellschaft betreibt das selbst abgeschlossene Private Krankenversicherungsgeschäft und seit dem 1. Januar 2000 auch das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft im Inland. Hinsichtlich der betriebenen Versicherungsarten verweisen wir auf die Anlage zum Lagebericht.

Verbundene Unternehmen, Beteiligungen

Verbundene Unternehmen der DEVK Krankenversicherungs-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,
und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital unserer Gesellschaft beträgt 8,0 Mio. € und ist zu 100 % eingezahlt. Es wird von der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht, zu 100 % gehalten.

Die Angabe unmittelbarer Anteile unserer Gesellschaft an den wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen befindet sich im Anhang.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund des Generalagenturvertrags übernimmt der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. die Funktion der Versicherungsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben.

Allgemeine Betriebsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, DV-Entwicklung, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Unser Unternehmen verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Mit der E+S Rückversicherung AG bestehen passive Rückversicherungsverträge bezüglich der Auslandsreisekrankenversicherung und der Krankheitskostenvollversicherung.

Mit dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G., der DEVK Allgemeine Versicherungs-AG und der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bestehen aktive Rückversicherungsverträge bezüglich des Auslandsreise-Krankenversicherungsrisikos.

Mit der AXA Krankenversicherung AG besteht ein aktiver Rückversicherungsvertrag bezüglich betrieblicher Krankenversicherung für den Verkehrsmarkt. Dieser Vertrag beginnt mit Wirkung zum 01.01.2025.

Mit anderen Krankenversicherungsunternehmen bestehen Pool-Verträge zur Abwicklung der Pflegepflichtversicherung und der Standard- und Basistarife.

Die Gesellschaft ist Mitglied der „Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem PflegeVG für die Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV)“.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2024 bewegte sich in einem Spannungsfeld aus Konjunkturschwäche bei gleichzeitigen Rekordständen am deutschen Leitindex DAX 40. Ferner spielten die Nachhaltigkeit des Rückgangs der Inflation und die damit verbundene Notenbankpolitik eine zentrale Rolle an den Kapitalmärkten. Große Auswirkungen, insbesondere auf die globalen Aktienmärkte, hatte zudem die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, während das Scheitern der Ampel-Koalition kaum Einfluss auf das Marktgeschehen hatte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss – ausgehend von einem Einlagenzins in Höhe von 4,00 % – beginnend mit der Juni-Sitzung 2024 vier Zinssenkungsschritte von jeweils 0,25 %, sodass der Einlagenzins zum Jahresende 2024 3,00 % betrug. Die amerikanische Notenbank Fed folgte in der September-Sitzung und senkte die Zinsen in einem ersten Schritt um 0,50 % und Anfang November sowie Mitte Dezember um jeweils weitere 0,25 % auf die aktuellen Zielraten zwischen 4,25 % und 4,50 %. Gleichzeitig fiel die Inflationsrate in Europa von 2,9 % zu Jahresanfang auf 1,7 % per Ende September und somit zunächst unter das vorgegebene Ziel der EZB. Im vierten Quartal 2024 folgte ein erneuter Anstieg der Inflationsrate auf 2,4 %.

Risikofreie Zinssätze (zum Beispiel der 10-jährige Euro-Swapsatz) stiegen seit Jahresanfang unter teilweise starken Schwankungen von 2,5 % bis Anfang Juli um ca. 40 Basispunkte auf ein Niveau von ca. 2,9 % an und fielen als Reaktion auf die Zinssenkungsentscheidungen der Notenbanken wieder um knapp 80 Basispunkte bis Anfang Dezember. Zum Jahresende 2024 notierte der Wert mit 2,4 % rund 10 Basispunkte niedriger als zu Jahresbeginn. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe zeigte 2024 zunächst eine ähnliche Entwicklung bis September, stieg zum Jahresende jedoch stärker an und wies mit 2,4 % einen um 30 Basispunkte höheren Wert auf als zu Jahresbeginn. Die Inversion der Zinsstrukturkurve nahm am vorderen Ende im Jahresverlauf stark ab, sodass die Kurve ab einer Laufzeit von drei Jahren wieder eine normale Form aufweist. Für Langfrist-

anleger (wie beispielsweise Lebensversicherungsunternehmen) ist insbesondere die Entwicklung am langen Ende der Zinsstrukturkurve wichtig, um mit Zinspapieren die langfristigen versicherungstechnischen Verpflichtungen adäquat erfüllen zu können. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen bewegten sich in der Jahresbetrachtung trotz der schwachen konjunkturellen Entwicklung in Europa weitestgehend seitwärts auf geringem Niveau. Konträr dazu ist die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland im Vorjahresvergleich um 16,8 % gestiegen. Im besonderen Maße waren die Bereiche „Verkehr und Lagerei“ betroffen.

Aktienmärkte zeigten 2024 eine überwiegend positive Entwicklung. Kurzfristige Verwerfungen an den globalen Aktienmärkten gab es Anfang August im Zuge des Nikkei-Crashes. Das von den Marktteilnehmern unerwartet eingeläutete Ende der Nullzinspolitik der japanischen Notenbank führte am 5. August mit 12,4 % zum heftigsten Kurseinbruch des japanischen Leitindex Nikkei 225 seit 1987 und löste eine globale Kettenreaktion aus. Einen Tag später verzeichnete der Index mit 9,4 % den höchsten Tagesgewinn seiner Geschichte. Im Zuge der Erholung und beflügelt durch die Notenbankpolitik sowie die amerikanische Präsidentschaftswahl erreichte der deutsche Leitindex DAX 40 Mitte Dezember mit 20.426,27 Punkten ein neues Allzeithoch bezogen auf den Tagesschlusskurs. Die Jahresperformance lag bei 18,8 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde durch eine mangelnde Investitionsbereitschaft bei einem gleichzeitig dringend benötigten Strukturwandel belastet. Insbesondere energieintensive Industriezweige litten an den im internationalen Vergleich hohen Energiekosten und der damit verbundenen sinkenden globalen Wettbewerbsfähigkeit. Zudem kamen bedingt durch die restriktive Haushaltspolitik der Ampel-Koalition vor deren Scheitern im Herbst nur wenig fiskale Investitionsimpulse. Auch wenn der Rückgang der Inflation die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkte, zeigte sich kein nennenswerter Anstieg beim privaten Konsum, während die Sparquote in allen Quartalen anstieg. Diese Tendenzen spiegelten sich im Verlauf des Bruttoinlandsprodukts 2024 wider. Preisbereinigt sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal um 0,8 % im Vergleich zum Vorjahresquartal. Nach minimalen Wachstumsraten von 0,1 % im zweiten und dritten Quartal sank das BIP im letzten Quartal 2024 preisbereinigt um 0,4 %, sodass nach Angaben des statistischen Bundesamts insgesamt ein Rückgang von 0,2 % für 2024 zu Buche stand. Für das Folgejahr prognostiziert die Bundesregierung eine leichte Erholung des Wachstums in Höhe von 0,3 %, der Sachverständigenrat prognostiziert ein Wachstum von 0,4 %. Weitere Volkswirte gehen mitunter bestenfalls von einem Null-Wachstum bis hin zu einem weiteren leichten Rückgang aus. Zurückhaltend wird die wirtschaftliche Lage ebenfalls von Unternehmensseite beurteilt. So stieg der Ifo-Geschäftsklimaindex zwar zunächst bis April auf sein Jahreshoch von 89,0 Punkten, fiel jedoch in den folgenden Monaten bis auf sein Jahrestief im Dezember von 84,7 Punkten. Im Vergleich zum Euro-Raum schneidet Deutschland beim geschätzten BIP-Wachstum in beiden Jahren schlechter ab (Euro Raum 2024: 0,7 %, 2025: 1,3 %). Im globalen Vergleich wird für die US-amerikanische Volkswirtschaft nach einem starken Wachstum von 2,8 % im Jahr 2024 von einigen Volkswirten ein Rückgang auf 2,0 % für 2025 erwartet.

Auch im Jahr 2024 wurden wieder gesundheitspolitische Themen bewegt. Sie reichen von der weiteren Ausweitung der Unabhängigen Patientenberatung mit einem Fokus auf digitale Beratungsangebote und spezialisierte Unterstützung für chronisch Kranke und ältere Menschen, über ein neues Gesetz zur Förderung der inländischen Produktion kritischer Medikamente zur Vermeidung von Lieferengpässen, bis hin zu zusätzlichen Maßnahmen im Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz, die steuerliche Erleichterungen und erweiterte Leistungen für pflegende Familienmitglieder umfassen.

Im Bereich der Digitalisierung wurden die elektronische Patientenakte weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Funktionen ausgestattet. Neue Regelungen zur Datensicherheit und zum Datenschutz sind ebenfalls in Kraft getreten, um die Nutzung von Gesundheitsdaten sicherer und effizienter zu gestalten. Erste Schritte zur Umsetzung der Krankenhausreform wurden durch Pilotprojekte zur Effizienzsteigerung und Verbesserung der Patientenversorgung in ländlichen Gebieten unternommen.

Auch die privaten Krankenversicherer haben sich maßgeblich in die Themen des Gesundheitssystems eingebracht und die Diskussion über die tragfähige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme als Anknüpfungspunkt genutzt, um die Herausforderungen zur Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherheit zu dokumentieren und den wichtigen Beitrag der Privaten Krankenversicherung für die medizinische Versorgung herauszustellen.

Die privaten Krankenversicherer verstehen sich nach wie vor als „Antreiber für die beste Gesundheit“ und sehen sich weiterhin als wichtige Akteure im Gesundheitswesen. Die Kombination aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat sich auch im Jahr 2024 bewährt. Die privaten Krankenversicherer blicken auf das vergangene Jahr zurück und stellen fest, dass ihr Sicherungsmodell selbst in herausfordernden Zeiten stabil geblieben ist. Mit dieser Zuversicht schauen sie optimistisch in die Zukunft.

Der Bestand an vollversicherten Personen im Markt ist nahezu konstant geblieben (+ 0,3 %). Die Zahl der Zusatzversicherungen ist hingegen weiter gestiegen (+ 3,5 %). Die Beitragseinnahmen in der privaten Kranken- und Pflegeversicherung stiegen in 2024 um 4,2 %, die Versicherungsleistungen um 8,9 %. Diese Daten ergeben sich aus den Statistiken des PKV-Verbands Nr. 2, 4 und 6.

Geschäftsverlauf

Die DEVK Krankenversicherungs-AG, welche im Jahr 1994 anlässlich der Deregulierung des Krankenversicherungsmarktes gegründet wurde, hat sich Zeit ihres Bestehens als verlässlicher Partner unserer Kunden bewiesen. Somit verfolgen wir nach wie vor eine Strategie, die den Kunden in den Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen Handelns stellt.

Der wichtigste Träger des Neugeschäfts bei der DEVK Krankenversicherungs-AG war im Einklang zu den vergangenen Jahren der Bereich der Zusatzversicherungen für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Einzelnen sind die Versicherungsarten als Anlage zu diesem Lagebericht aufgeführt. In dem immer stärker umkämpften Bereich der Zusatzversicherungen konnte die DEVK ihr Volumen ausbauen, allerdings zeigte sich im Markt ein noch stärkeres Wachstum. Somit reduzierte sich der Marktanteil der DEVK von 1,19 % auf 1,13 % (nach gebuchten Bruttobeiträgen).

Der Monatssollbeitrag belief sich im Gesamtbestand zum Jahresende auf 10,17 Mio. € (Vorjahr 9,61 Mio. €). Die Beitragseinnahmen brutto stiegen im abgelaufenen Jahr um 5,6 % auf 121,7 Mio. €, was die Prognose von 120,5 Mio. € übertrifft. Wesentliche Treiber der Veränderung der Netto-Beitragseinnahmen waren zum einen Beitragsanpassungen und zum anderen das Neugeschäft im Bereich der Krankheitskostenteilversicherung.

Das Netto-Ergebnis aus Kapitalanlagen bewegte sich 2024 wie prognostiziert mit 9,7 Mio. € auf Vorjahresniveau. Auf der Ertragsseite erhöhten sich Abgangsgewinne auf Kapitalanlagen von 0,3 Mio. € auf 0,7 Mio. €. Zudem wiesen ordentliche Erträge insbesondere aus Inhaberschuldverschreibungen mit 4,3 Mio. € eine positive Entwicklung auf (3,8 Mio. € im Vorjahr). Dem gegenüber standen mit 0,4 Mio. € deutlich höhere Abgangsver-

luste auf Kapitalanlagen als im Vorjahr (3,1 Tsd. €). Abschreibungen stiegen von 0,5 Mio. € auf 0,7 Mio. €. Die Abschreibungen entfielen ausschließlich auf den direkt gehaltenen Aktienbestand. Insgesamt fiel die Nettoverzinsung leicht auf 2,1 % (Vorjahr 2,2 %) und damit weniger stark als im Vorjahr prognostiziert.

Die laufende Verzinsung bezogen auf das durchschnittliche Kapitalanlagevolumen fiel leicht und somit weniger stark als erwartet von 2,2 % auf 2,1 %. Der Kapitalanlagebestand stieg im Jahr 2024 leicht von 450,5 Mio. € auf 468,4 Mio. €. Damit fiel das Kapitalanlagewachstum geringer als erwartet aus. (Vorjahres-Prognose: Wir erwarten im Jahr 2024 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis in etwa auf Vorjahresniveau. Insgesamt erwartet die Gesellschaft einen moderaten Rückgang der Nettoverzinsung).

Die Strategische Asset Allokation, also die Zielaufteilung der Kapitalanlagen, wurde Ende 2019 DEVK-weit angepasst. Die Zielquoten für Realwerte (insbesondere Immobilien und Alternative Investments) wurden dabei erhöht, um einerseits dem seinerzeit vorherrschenden Niedrigzinsniveau zu begegnen und andererseits den realen Werterhalt und somit insgesamt die langfristige Ertragssituation zu verbessern. Im Jahresverlauf wurde die effektive Aktienquote zu Buchwerten insgesamt leicht erhöht. Mittelfristig ist ein weiterer Aufbau der Aktienpositionen geplant. Der Aufbau anderer langfristig orientierter Realwerte im Bereich Private Equity und Alternativer Investments wurde im Jahr 2024 wie geplant fortgesetzt. Eine Ausnahme stellt der Immobilienbestand dar, welcher zwar in der absoluten Betrachtung anstieg, relativ zum wachsenden Kapitalanlagebestand jedoch gesunken ist.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	13.653	15.109	-1.456
Aufwendungen für Beitragsrückerstattung	9.746	9.441	305
Versicherungstechnisches Ergebnis	3.907	5.668	-1.761
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	-1.329	-2.609	1.280
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.578	3.059	-481
Steuern	78	59	19
Gewinnabführung	2.500	3.000	- 500
Jahresüberschuss	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge belaufen sich per Jahresultimo auf 121,7 Mio. € und liegen 1,2 Mio. € über dem prognostizierten Wert. Die Beiträge nahmen dabei um 6,5 Mio. € zu (Vorjahr 3,6 Mio. €), was eine prozentuale Steigerung von 5,6 % bedeutet.

Versicherungsfälle

Die Steigerungen der Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. (gezahlt und zurückgestellt, einschließlich Regulierungsaufwendungen) waren in der Vergangenheit volatil. Nachdem diese im Vorjahr um 6,8 Mio. € gestiegen waren, war dieses Jahr ein erneuter starker Anstieg um 8,6 Mio. € auf 90,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, was den prognostizierten Wert in Höhe von 86,5 Mio. € deutlich übertroffen hat.

Versicherungsbetrieb

Auch die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb liegen naturgemäß über dem Niveau des Vorjahres (14,9 Mio. €) und betragen 15,8 Mio. €. In den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind Abschlusskosten in Höhe von 8,9 Mio. € (Vorjahr 8,1 Mio. €) sowie Verwaltungskosten in Höhe von 6,9 Mio. € (Vorjahr 6,8 Mio. €) enthalten.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen umfassten zum Jahresende einen Bestand in Höhe von 468,4 Mio. € (Vorjahr 450,5 Mio. €) und stiegen damit im Jahr 2024 weniger stark als prognostiziert an. Die Struktur der Kapitalanlagen zu Buchwerten hat sich 2024 nicht signifikant geändert. Der effektive Aktienbestand sowie der Anteil Alternativer Investments an den gesamten Kapitalanlagen ist entsprechend der Strategischen Asset Allokation leicht gestiegen.

Kapitalerträge

Im Kapitalanlagebereich wurde im Jahr 2024 mit 9,7 Mio. € erwartungsgemäß ein Netto-Ergebnis auf Vorjahresniveau erzielt. Höhere Abschreibungen (0,7 Mio. € nach 0,5 Mio. €) sowie gestiegene Abgangsverluste (0,4 Mio. € nach 3,1 Tsd. €) wurden durch einen Anstieg der ordentlichen Erträge insgesamt (10,1 Mio. € nach 9,7 Mio. €) sowie höhere Abgangsgewinne (0,7 Mio. € nach 0,3 Mio. €) ausgeglichen. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen gemäß Berechnungsmethode des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. ist, wie zuvor beschrieben, leicht und somit weniger stark als erwartet auf 2,1 % (Vorjahr 2,2 %) gesunken.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im Jahr 2024 wurde Geschäft in Rückdeckung übernommen. Es handelte sich hierbei ausschließlich um Krankenversicherungsgeschäft für kurzfristige Auslandsreisen. Hieraus ergaben sich Prämieinnahmen in Höhe von ca. 1,8 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €). Nach Abzug der Kosten, der Aufwendungen für Versicherungsfälle und der Gewinnbeteiligung verblieb ein Überschuss in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr 1,0 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg der Leistungen in der in Rückdeckung genommenen Auslandsreisekrankenversicherung zu verzeichnen, der den Überschuss im Vergleich zum Vorjahr verringert hat.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Der RfB wurden im Geschäftsjahr 9,7 Mio. € zugeführt (Vorjahr 9,4 Mio. €), womit die Prognose von 9 Mio. € geringfügig übertroffen wurde. 18,4 Mio. € (Vorjahr 19,0 Mio. €) wurden aus der RfB zur Begrenzung von Prämienanpassungen inkl. Rechnungszinsabsenkungen entnommen. Von der Möglichkeit einer Zinstreppe hat die DEVK Krankenversicherungs-AG bisher im Sinne des Kunden keinen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus wurde im Tarif AM-V eine Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit durchgeführt. In Abhängigkeit von den leistungsfreien vollen Versicherungsjahren wurden bis zu vier Monatsbeiträge rückerstattet. Hierfür wurden der RfB, der Prognose entsprechend, wie im Vorjahr 0,4 Mio. € entnommen.

Steuern

Aufgrund des im Jahr 2002 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organisation hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug, 2,5 Mio. € und liegt somit unter dem prognostizierten Wert von 3,0 Mio. €. Das Ziel einer Gewinnabführung von mindestens 3,0 Mio. € wurde somit nicht erreicht.

Als versicherungstechnisches Ergebnis wurde ein Gewinn in Höhe von 3,9 Mio. € (Vorjahr 5,7 Mio. €) ausgewiesen. Dies unterschreitet den prognostizierten Wert in Höhe von 5,7 Mio. € deutlich.

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bestreitung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, durch die Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 5,8 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die RfB in Höhe von 29,6 Mio. € liegt deutlich unterhalb des Vorjahreswerts von 39,6 Mio. €. Es wurden Limitierungsmittel zur Begrenzung der Beitragsanpassungen in Höhe von 18,4 Mio. € und damit geringfügig weniger als im Vorjahr (19,0 Mio. €) verwendet. Die RfB-Quote sinkt 2024 daher deutlich von zuvor 33,6 % auf 23,7 %. Die RfB ist dennoch nach wie vor in ausreichender Höhe dotiert, um auch zukünftige Limitierungen finanzieren zu können.

Rating¹

Die Rating-Agentur Fitch hat 2024 die Finanzstärke der DEVK Krankenversicherungs-AG unverändert mit „A+“ eingestuft. Der Ausblick ist weiterhin „stabil“.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	468.352	450.541	17.811
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.212	1.174	38
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	291	825	-534
Sonstige Forderungen	144	40	103
Übrige Aktiva	12.296	13.348	-1.052
Gesamtvermögen	482.295	465.928	16.367
Eigenkapital	32.177	32.177	-
Versicherungstechnische Rückstellungen	439.090	416.363	22.727
Andere Rückstellungen	4.028	5.574	-1.546
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	552	581	-29
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	30	28	2
Sonstige Verbindlichkeiten	2.882	7.367	-4.485
Übrige Passiva	3.537	3.838	-301
Gesamtkapital	482.295	465.928	16.367

Insgesamt ergaben sich in der Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands 2024 zu Buchwerten keine wesentlichen materiellen Veränderungen. Der Anteil der Alternativen Investments sowie der Aktienblock ist angewachsen.

Die stärkere Ausrichtung der Kapitalanlagestrategie in Richtung der Realwerte spiegelt sich in der Veränderung des Kapitalanlagebestandes nur in geringem Maße wider. Dies liegt zum einen daran, dass die Anpassung der Asset Allokation insbesondere bei illiquiden Kapitalanlagen einen mittelfristigen Prozess darstellt. Zum anderen erfolgt zur Risikosteuerung eine taktische Anpassung der Kapitalanlagen, welche Anpassungen kompensieren oder auch verstärken kann.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Unsere seit Jahren geringe Zahl an BaFin- und Ombudsmannbeschwerden zeigt eine hohe Kundenzufriedenheit.

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 21 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewervergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 7. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	777	772
Ziel	777	774

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2024 zufriedenstellend entwickelt. Letzteres gilt auch für die erfolgsabhängige Rückstellung für Beitragsanpassungen, auch wenn diese in diesem Geschäftsjahr erneut dadurch verringert wurde, dass der Limitierungsbedarf nun deutlich höher als die Zuführung ausgefallen ist. Die DEVK Krankenversicherungs-AG sieht sich insbesondere mit Blick auf den recht geringen Limitierungsbedarf zur Beitragsanpassung zum 01.01.2025 unverändert in der Lage, auch Beitragsanpassungen in der Zukunft im Sinne der Bestandskunden zu vermeiden oder abzumildern.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die Zusatzversicherung zur gesetzlichen Krankenversicherung ist und bleibt für die DEVK Krankenversicherungs-AG das zentrale Wachstums- und Geschäftsfeld. Insgesamt muss sich hier unverändert auf eine verstärkte Wettbewerbssituation eingestellt werden, der durch entsprechende Vertriebsaktivitäten begegnet wird. Für das Jahr 2025 wird eine Beitragseinnahme in Höhe von insgesamt 130,0 Mio. € prognostiziert. Bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. (gezahlt und zurückgestellt, einschließlich Regulierungsaufwendungen) wird im Wesentlichen aufgrund von inflationären Effekten eine Steigerung auf ca. 100,5 Mio. € erwartet.

Im Jahr 2025 ist eine Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit in dem Tarif AM-V in vergleichbarer Höhe zu 2024 vorgesehen.

Von der zum 31. Dezember 2024 bestehenden erfolgsabhängigen RfB in Höhe von 28,7 Mio. € sind 4,1 Mio. € zur Begrenzung von Beitragsanpassungen zum 1. Januar 2025 und für Beitragsreduzierungen für ältere Versicherte festgelegt.

Für 2025 werden Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen in Höhe von 6,0 Mio. € und ein versicherungstechnisches Ergebnis von 5,2 Mio. € erwartet.

Gemäß der Mittelfristplanung wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich das Wachstum und die Ertragssituation der DEVK Krankenversicherungs-AG auch in den kommenden Jahren fortsetzen werden.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre wird nicht unwesentlich durch die zweite Amtszeit Donald Trumps und die damit verbundenen Folgen geprägt werden. Insbesondere der verfolgte „America-First-Ansatz“ führt zu konträren Rahmenbedingungen zwischen den USA und dem Rest der Welt (insbesondere Europa und China), was sich auch in der Entwicklung der Inflationsraten und der damit verbundenen Notenbankpolitik widerspiegeln wird. Die geforderte Einführung von Einfuhrzöllen der Trump-Administration könnte in Kombination mit Gegenzöllen in Europa zu einem Wiederaufkeimen der Inflation, sowohl in den USA, als auch in Europa, führen. Andererseits dominiert die konjunkturelle Schwäche in Europa, sodass wir davon ausgehen, dass die EZB in der Tendenz weiter eine expansive Geldpolitik betreiben kann, um Investitionsanreize zu schaffen. In den USA hingegen erwarten wir, dass die Fed bedingt durch den Preisdruck kurz- bis mittelfristig zu einer restriktiveren Notenbankpolitik zurückkehrt, die Zinsen also erhöht.

In Deutschland wird die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen der vorgezogenen Bundestagswahl nach dem Scheitern der Ampel-Koalition abhängen. Nötig sind insbesondere wirtschaftspolitische Maßnahmen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industriezweige wiederherzustellen und die deutsche Exportwirtschaft zu stärken. Eine signifikante Trendwende nehmen wir aufgrund der möglichen Regierungskonstellationen jedoch nicht an. Diese Einschätzung spiegelt auch der Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland wider, welcher sich zum Jahresende hin weiter verschlechtert hat. Insbesondere die Erwartungshaltung der befragten Unternehmen trübt sich weiter ein. Zudem sind wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren, wie Einkaufsmanagerindizes, im Jahresverlauf kontinuierlich gesunken. So notierte der Einkaufsmanagerindex der Industrie in Deutschland zum Jahresende 2024 mit 42,5 Punkten deutlich unter der neutralen 50-Punkte-Marke.

Bestehende und drohende militärische Konflikte verstärken unserer Einschätzung nach zudem bereits bestehende deglobalisierende Tendenzen, was wiederum inflationär wirkt. Eine erneute Eskalation im Nahen Osten und eine politische/militärische Neuordnung der Region nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien könnte zudem Auswirkungen auf die Energiepreise und somit auch auf die globalen Kapitalmärkte haben, was wiederum inflationstreibend wirken könnte. Daneben herrscht eine große Diskrepanz zwischen den negativen Fundamentaldaten und der durchaus positiven Gewinnerwartung vieler Aktienunternehmen der großen Indizes, sodass wir insgesamt für den Aktienmarkt 2025 ein volatiles Umfeld prognostizieren.

Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds auf ein im historischen Kontext schwaches Wirtschaftswachstum von 3,2 % für 2025 zu und bewegt sich damit auf dem Niveau von 2024. In China ist laut IWF zudem kein Ende der Krise am Immobilienmarkt, der einen großen Anteil am BIP hat, in Sicht. Für 2024 geht der IWF für China von einem Wachstum von 4,8 % und 4,5 % in 2025 aus. Gerade für exportgetriebene Länder wie Deutschland würde diese Tendenz einen weiteren Wachstumsdämpfer darstellen.

Insgesamt sehen wir aufgrund der beschriebenen Unsicherheiten einen anhaltend volatilen Kapitalmarkt im Jahr 2025. Im Rahmen der gesunkenen Inflation und der zuletzt expansiven Notenbankpolitik sind in Europa insbesondere aufgrund der konjunkturellen Schwäche mittelfristig sinkende Renditen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitenbereich wahrscheinlich. Dies führt zu einer weiteren Normalisierung der Zinsstrukturkurve, sodass die kurzfristigen Renditen wieder tiefer liegen als die langfristigen. Sollte das Renditeniveau bei längeren Laufzeiten – wie von uns erwartet – nicht so stark sinken, wäre dies für Langfristanleger wie Lebensversicherungen zur Abbildung versicherungstechnischen Verpflichtungen in der Kapitalanlage von Vorteil.

Für die DEVK Krankenversicherungs-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen im Jahr 2025 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis leicht über Vorjahresniveau. Dies begründet sich unter anderem durch die Erwartung tendenziell gleichbleibender Erträge aus Aktien aufgrund bestehender Unsicherheiten am Kapitalmarkt. Andererseits erwarten wir eine leichte Erholung im Immobilienbereich, was sich in einer positiven Wertentwicklung ausdrückt. Die erwartete Normalisierung der Zinsstrukturkurve und die damit verbundene höhere Verzinsung in der Neu- und Wiederanlage am mittleren und hinteren Ende der Kurve wird unserer Einschätzung nach noch keine positive Auswirkung auf die absolute laufende Verzinsung in Prozent der Kapitalanlagen zur Folge haben, was sich in einem leichten Rückgang der Kennzahl niederschlägt. Insgesamt erwartet die Gesellschaft eine Nettoverzinsung auf Vorjahresniveau. Die prognostizierte Entwicklung kann bei einem Wiederanstieg der Inflation, der Einführung und Ausgestaltung von Handelszöllen seitens der USA, einer tieferen und länger anhaltenden Rezession oder der zunehmenden Eskalation globaler militärischer Konflikte negativ abweichen. Eine weniger protektionistische Handelspolitik der USA in Kombination mit einer weniger restriktiven Notenbankpolitik der Fed sowie eine expansivere Geldpolitik der EZB zur Stärkung des Investitionsklimas in Europa hingegen könnten das Ergebnis, insbesondere an den Aktienmärkten, positiv beeinflussen.

Es ist unser Ziel, in diesem Jahr 2025 unser derzeitiges Niveau der Gewinnabführung in Höhe von 2,5 Mio. € zu halten und in den darauffolgenden Geschäftsjahren zu steigern. Für das Geschäftsjahr 2025 wird daher eine gleichbleibende Gewinnabführung in Höhe von 2,5 Mio. € erwartet.

Im Geschäftsjahr 2025 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 777 Punkten (Istwert 2024) auf 790 Punkte gesteigert werden.

Chancenbericht

Unsere Zeichnungspolitik und unser Rückversicherungskonzept bilden die Chancen für ein weiteres solides Wachstum der Gesellschaft.

Die nach wie vor erfolgreiche Kooperation im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen bietet weiterhin ein großes Potenzial für neue Kundenbeziehungen. Hier können den Mitgliedern bedarfsgerechte Produkte zu besonders günstigen Konditionen angeboten werden. Hervorzuheben ist an dieser Stelle die seit über 20 Jahren bestehende Kooperation zwischen unserem Unternehmen und der Bahn-BKK.¹

Für die Zukunft sieht die DEVK Krankenversicherungs-AG ein großes Potenzial im weiteren Ausbau der betrieblichen Krankenversicherung. Wir planen dieses Marktsegment im kommenden Jahr mit neuen Produkten weiter zu erschließen.

Die Einbettung unserer Gesellschaft in einen Versicherungskonzern, der im Privatkundensegment umfassenden Versicherungsschutz anbietet, eröffnet uns die Möglichkeit, spartenübergreifende Synergieeffekte zu nutzen.

Im Zusammenspiel von konkurrenzfähigen Produkten, einem guten Service sowie unserem leistungsstarken Vertrieb sehen wir uns daher weiterhin sehr gut aufgestellt.

Seit 2020 haben wir unseren Fokus noch stärker auf die Zielgruppen des Verkehrsmarktes gelegt, um insbesondere den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden im Schienen-, Personen- und Güterverkehr gerecht zu werden. Um diesen Fokus zu stärken, wurde zum 01.01.2025 ein Rückversicherungsvertrag mit der AXA Krankenversicherung AG geschlossen, bei dem die DEVK Krankenversicherungs-AG als Rückversicherer für betriebliche Krankenversicherungen im Verkehrsmarkt auftritt.

Unsere Zeichnungspolitik und unser Rückversicherungskonzept bilden die Chancen für ein weiteres solides Wachstum der Gesellschaft. In diesem Geschäftsjahr 2025 wird dies dadurch unterstützt, dass dem ambulant und dental versicherten Personenkreis im Zuge einer Aktion in der zweiten Jahreshälfte eine Aufstockung des Versicherungsschutzes um Inlays, Onlays und Heilmittel angeboten wird.

In der Kapitalanlage sehen wir im Jahr 2025 neben den Risiken und trotz des volatilen Marktumfeldes auch attraktive Investitionsmöglichkeiten. In der Regel steigen in einem Rezessionsumfeld die Risikoaufschläge auf Anleihen im Gesamtmarkt an, sodass auch Unternehmen mit guter Bonität höhere Renditen zahlen müssen. Hier bietet sich die Möglichkeit unter Chance-Risiko Gesichtspunkten Anleihen mit attraktiven Renditen zu erwerben. Eine zunehmende Normalisierung der risikolosen Zinsstrukturkurve würde zudem positiv auf Kapitalanlagen wirken, die, wie beispielsweise Immobilieninvestitionen, teilweise variabel fremdfinanziert sind. Durch die erwartete Volatilität an den Aktienmärkten sehen wir 2025 Chancen insbesondere auf Einzeltitelebene.

Nach dem schwachen Immobilienergebnis 2024 infolge niedriger Bewertungen gehen wir 2025 von einer Erholung am Immobilienmarkt aus. Dafür spricht das grundsätzlich niedrigere Zinsniveau und die damit verbesserten Kreditkonditionen. Zusätzlich hält sich die Nachfrage nach Immobilien durch den Einbruch bei Neubauten in der jüngeren Vergangenheit auf einem guten Niveau. Gegebenenfalls bietet sich die Opportunität, derzeit niedrig bewertete Immobilien in sehr guten Lagen mit langfristigen bonitätsstarken Mietern günstiger zu erwerben und hiermit die Chance auf langfristig höhere Renditen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig die Ertragschancen der Kapitalanlage.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Versicherungsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten, wie z. B. Rückversicherung und Kapitalanlagen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagementeinheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituation betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird der Risikobericht den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage vorgelegt.

Versicherungstechnische Risiken

In der Krankenversicherung sind dies im Wesentlichen das Änderungs-, Irrtums- und Zufallsrisiko sowie das Zinsrisiko. Diese werden mittels Standardformel ermittelt.

Das Änderungsrisiko besteht im Wesentlichen darin, dass sich aufgrund von Entwicklungen im Gesundheitswesen, durch die häufigere Leistungsanspruchnahme durch die Versicherten oder durch geändertes Kundenverhalten die Rechnungsgrundlagen für die Tarife ändern.

Das Irrtumsrisiko besteht darin, dass bei der Erstkalkulation eines Tarifs eine fehlerhafte Risikoeinschätzung erfolgte, die durch eine spätere Beitragsanpassung nicht mehr korrigiert werden kann.

Das Risiko, dass zufallsbedingt höhere Schadenaufwendungen als erwartet bzw. kalkuliert entstehen, wird Zufallsrisiko genannt.

Den oben genannten Risiken treten wir durch ausführliche Arbeitsrichtlinien und durch ständige Weiterbildungsmaßnahmen unserer Mitarbeiter entgegen. Mit Hilfe unserer Planungs- und Steuerungselemente können wir unerwünschte Vertriebs-, Bestands- und Schadenentwicklungen frühzeitig erkennen und ggf. entgegenwirken. Zahlungen und Verpflichtungserklärungen unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich Vollmachten und Berechtigungen, deren Einhaltung durch ein mehrstufiges Stichprobenverfahren geprüft wird.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen stellen wir sicher, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist in allen Allgemeinen Versicherungsbedingungen eine Beitragsanpassungsklausel enthalten, so dass die Tarifbeiträge an eine Veränderung der Schadenaufwendungen angepasst werden können.

Zusätzlich werden unerwünschte größere Schwankungen unserer Risikoergebnisse durch geeignete Rückversicherungsverträge verhindert.

Das Zinsrisiko besteht darin, dass dem zum aktuellen Vertragsstand vereinbarten Rechnungszins über einen längeren Zeitraum niedrigere Markttrenditen gegenüberstehen. Der verwendete durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins (duRz) lag in diesem Geschäftsjahr noch deutlicher unterhalb der Nettoverzinsung als im letzten Jahr. Für das Neugeschäft war im Jahr 2024 ein Rechnungszins in der Spanne von 1,55 % bis 2,20 % einkalkuliert. Zum 31. Dezember 2024 lag der duRz bei 1,771 % (Vorjahreswert 1,823 %).

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft ergeben sich in der Erstversicherung aus Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern. Zur Reduzierung des Risikos des Ausfalls von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern besteht ein etabliertes Kontrollsystem.

Unsere fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen im Beobachtungszeitraum der letzten drei Jahre durchschnittlich 2,22 Mio. €. Von diesen Forderungen sind im Mittel 0,09 Mio. € (4,11 %) ausgefallen. Bezogen auf die durchschnittlich gebuchten Bruttobeiträge (111,9 Mio. €) belief sich die Ausfallquote der letzten drei Jahre auf 0,08 %. Das Ausfallrisiko ist daher für unser Unternehmen von untergeordneter Bedeutung.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft mit einem Fälligkeitszeitpunkt älter als 90 Tagen in Höhe von 1,0 Mio. €.

Die zum Jahresende bestehenden Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern beliefen sich auf 0,29 Mio. €. Eine Übersicht über die Abrechnungsforderungen sowie das Rating unserer Rückversicherungspartner gibt die folgende Tabelle:

Ratingklasse	Abrechnungsforderungen in Mio. €
A+	0,29

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Seit 1. Januar 2017 gibt der interne Anlagekatalog die maßgeblichen Rahmenbedingungen für unsere Anlagepolitik vor. Die Strategische Asset Allokation konkretisiert die Anlagepolitik der DEVK. Seit 2020 beinhaltet die Strategische Asset Allokation eine eigene Assetklasse für Alternative Investments (Infrastruktur und Sonstiges). Durch den geplanten weiteren Ausbau von nicht-zinsabhängigen Kapitalanlagen infolge der Anpassung der Strategischen Asset Allokation steigen mittelfristig die potenziellen Wertschwankungen und sinkt teilweise die kurzfristige Handelbarkeit der Kapitalanlagen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig somit das Risikoniveau der Kapitalanlagen.

Kurs- und Zinsrisiken wird weiterhin durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, sodass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch einen fortlaufenden ALM-Prozess (Asset-Liability-Management) wird die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen sichergestellt.

Dem Liquiditätsrisiko wird durch die regelmäßige Ermittlung der Auslastung der Liquiditätsklassen im Rahmen des Risikomanagementprozesses begegnet. Diese Kennzahl fließt ins Limitsystem ein. Zusätzlich werden Liquiditätsstresse auf die Liquiditätsplanung des Unternehmens gerechnet, um adversen Ereignissen am Kapitalmarkt oder der Passivseite Rechnung zu tragen. Zudem werden anlassbezogene Sensitivitätsberechnungen durchgeführt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Dieser überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Ka-

pitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird insbesondere eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann frühzeitig gegengesteuert werden. Zur besseren Einschätzung der Liquiditätsrisiken werden auch Liquiditätsstressszenarien abgeleitet aus den Solvency II-Stressen durchgeführt und bewertet. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2024 die folgenden Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote insbesondere im Spezialfonds, z. B. über Indexfutures sowie teilweise die Implementierung von Wertuntergrenzen
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2024 beträgt der Zinsblock der Gesellschaft zu Buchwerten 395,6 Mio. €. Dieser weist zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 37,6 Mio. € auf (im Vorjahr minus 42,3 Mio. €). Insgesamt 247,2 Mio. € sind als Inhaberpapiere (inkl. Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Von diesen Inhaberpapieren haben wir gemäß § 341 Abs. 2 HGB ein Volumen von 247,2 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Sollte sich insbesondere die zweite Einschätzung als nicht zutreffend erweisen, werden die notwendigen Abschreibungen zeitnah vorgenommen. Diese Kapitalanlagen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 17,7 Mio. € aus. Diese teilt sich auf stille Lasten in Höhe von 19,1 Mio. € (Vorjahr 21,2 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr 1,1 Mio. €) auf. Da die Entwicklung der stillen Lasten primär auf die Marktzinzbewegung zurückzuführen ist und keine Anhaltspunkte für eine Bonitätsverschlechterung vorliegen, besteht aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -23,9 Mio. € bzw. 27,0 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter anderem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Sie bewegten sich im Jahr 2024 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, Erwartung einer länger anhaltenden Rezession und einer wieder ansteigenden Inflation oder einer Aktienmarktkorrektur halten wir 2025 für möglich.

Unsere Zinsanlagen erfolgen überwiegend in Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen sowie internationalen Unternehmensanleihen. Der Schwerpunkt der Rentenueanlage lag im Jahr 2024 in nationalen und internationalen Inhaberschuldverschreibungen von Banken und Unternehmen. Bei den Rentenanlagen insgesamt handelt es sich um Inhaberpapiere, die größtenteils dem Anlagevermögen gewidmet sind, sowie Namenspapiere.

In einem niedrigen Umfang werden Anleihen von den europäischen Peripherieländern Italien und Spanien gehalten. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind weder im Direktbestand, noch in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden. Hinsichtlich der Emittentenrisiken ist die Gesellschaft zu 5,7 % in Staatspapieren, 33,8 % in Unternehmensanleihen und 39,3 % in Wertpapieren und Anlagen von Kreditinstituten und anderen Finanzdienstleistern im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen investiert. Investitionen bei Kreditinstituten unterliegen größtenteils den verschiedenen gesetzlichen und privaten Einlagensicherungssystemen oder es handelt sich um Zinspapiere mit besonderen Deckungsmitteln kraft Gesetzes.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	47,1 %	46,0 %
A- bis A+	29,9 %	30,8 %
BBB- bis BBB+	22,5 %	22,7 %
BB+ und schlechter	0,5 %	0,5 %

Die Ratingverteilung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas von „A-bis A+“ und „BBB- bis BBB+“ in Richtung „AA- und besser“ verschoben. Insgesamt hat sich dadurch die Risikolage leicht verbessert. Wir werden bei Neu- und Wiederanlagen weiterhin nahezu ausschließlich in Zinspapiere hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Unsere Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung unseres Portfolios relativ exakt abbildet. Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 6,6 Mio. €. Es wurden keine Aktienanlagen dem Anlagevermögen gewidmet. Somit liegen bei Aktienanlagen keine stillen Lasten im Anlagevermögen vor.

Der deutsche Aktienindex hat sich inklusive Dividenden im Jahr 2024 positiv entwickelt, während die Wertentwicklung des europäischen Aktienindex zwar insgesamt positiv in relativer Betrachtung jedoch deutlich schwächer ausfiel. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten. Vor dem Hintergrund unserer Markteinschätzung haben wir die effektive Aktienquote im Spezialfonds im Jahr 2024 aktiv mitunter deutlich angehoben mit abfallender Tendenz in der zweiten Jahreshälfte 2024. Insgesamt liegt die effektive Aktienquote zum Jahresende oberhalb des Niveaus vom Jahresanfang. Sollten sich zukünftig infolge z. B. der Eskalation militärischer Auseinandersetzungen oder einer tieferen Rezession wirtschaftliche Probleme ergeben, kann die Aktienquote aktiv angepasst werden.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 13,4 Mio. € in Immobilienfonds und 10,9 Mio. € in Grundstücksbeteiligungen investiert. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige Mietverträge begrenzt.

Alternative Investments

Im Rahmen der Ende 2019 angepassten Strategischen Asset Allokation wurde beschlossen, diese Assetklasse weiter auszubauen. Der Bestand an Alternativen Investments (ohne Private Equity) verteilt sich auf Investitionen in Infrastruktur und Sonstiges. Das Volumen liegt zum 31. Dezember 2024 bei 13,1 Mio. € (Vorjahr 9,9 Mio. €). Dies entspricht 2,8 % (Vorjahr 2,2 %) der gesamten Kapitalanlagen zu Buchwerten. Der Bestand teilt sich auf in 81 % Infrastruktur und 19 % Sonstige Alternative Investments. Im Geschäftsjahr 2024 sind – wie schon im Vorjahr – keine Zu- und Abschreibungen entstanden. Der ordentliche Ertrag 2024 steigt von 70,9 Tsd. € im Vorjahr auf 83,8 Tsd. €. Konstruktionsbedingt entsteht bei Alternativen Investments der größte Teil der Kosten zu Beginn der Investitionsphase.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Hierunter zählen auch Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Eine Risikoentlastung der DEVK Krankenversicherungs-AG wurde durch die Einführung des neuen Bestandsführungssystems erreicht, da seit der Einführung eine zeitgemäße Umgebung zur Optimierung der Arbeitsabläufe, zur Abbildung moderner Tarife sowie zur Umsetzung gesetzlicher Anforderungen zur Verfügung steht.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur und fortlaufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen sowohl in den internen Rechenzentren als auch in Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Es werden im Rahmen der Cloud-Strategie zunehmend Systeme in der Cloud betrieben.

Seit 17. Januar 2025 gilt die DORA-Verordnung, die der Sicherstellung der digitalen operationalen Resilienz im Finanzsektor dient. Die DEVK hat Anforderungen und Vorgaben an ihre Governance und Prozesse in einer DOR-Strategie verankert. Die DORA hat maßgeblichen Einfluss auf die Betrachtung von IKT-Risiken im Risikomanagementrahmen des Unternehmens. Hierzu werden bestehende Prozesse und Methoden (z. B. Risikoinventur oder Limitsystem) genutzt, um eine effiziente Steuerung der Risiken sicherzustellen. Dies schließt auch die IKT-Drittparteirisiken ein.

Künstliche Intelligenz (KI) bietet der DEVK Chancen, innovative Lösungen zu entwickeln und effizientere Prozesse zu gestalten, um Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Das Risikomanagement stellt im Einklang mit dem „EU AI Act“ sicher, dass potenzielle Gefahren und Schwachstellen in allen Phasen des Lebenszyklus eines KI-Systems systematisch identifiziert, bewertet und beherrscht werden. Die mit dem Einsatz von KI-System verbundenen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert. Dies gewährleistet, dass KI-spezifische Risiken im Kontext der gesamten Unternehmensrisiken angemessen adressiert werden.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK nennt als Sicherheitsziele die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen ausgerichtet. Die DEVK strebt den Erhalt, im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Ein weiterer Baustein der Informationssicherheit ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für die Gefahren aus Social Engineering, Datenschutz und Cyberkriminalität. Hierzu werden über unser Weiterbildungsportal entsprechende Schulungen angeboten bzw. verpflichtend absolviert. Außerdem werden regelmäßig Phishing-Kampagnen zur Risikosensibilisierung durchgeführt. Die DEVK hat zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um die Resilienz gegen Cyberangriffe weiter zu verbessern. Hervorzuheben sind die Einführung eines Werkzeugs zur Erkennung von Anomalien im internen Netz (NDR) und die Verbesserung des Schutzniveaus der Clients durch die Einführung eines Endpoint Detection and Response Systems (EDR).

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreichen kann. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK-Gruppe erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Überprüfung der getroffenen Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um sicherzustellen, dass die IT-Systeme effektiv wiederhergestellt werden können.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt. Dokumentationen unterstützen die Einarbeitung und Verteilung von Wissen.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Solvency II

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen von Solvency II wurden umgesetzt.

Die DEVK Krankenversicherungs-AG hat im Jahr 2024 sämtliche Berichtspflichten, wie den Geschäftsbericht, den Bericht über die Solvabilität und Finanzlage, den Regular Supervisory Report und den Bericht zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung gegenüber der Aufsicht bzw. gegenüber der Öffentlichkeit erfüllt. Bei der aufsichtsrechtlichen Solvenzberechnung auf Basis der Standardformel zeigte sich für die DEVK Krankenversicherungs-AG eine deutliche Überdeckung.

Die DEVK Krankenversicherungs-AG berechnet die Solvenzkapitalanforderung (SCR) anhand der Standardformel. Das SCR wiederum setzt sich aus verschiedenen Risikokategorien zusammen (versicherungstechnisches Risiko, Markt-, Ausfall- und operationelles Risiko). Die Summe aller Risiken stellt das Gesamtrisiko und somit das Risikoprofil dar. Die etwaigen Risikominderungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Rückversicherung oder Hedgingmaßnahmen, sind im Gesamtrisiko verrechnet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Solvency II werden erfüllt.

Projektionsrechnungen im Rahmen des letzten ORSA-Prozesses per 31. Dezember 2023 zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 6. März 2025

Der Vorstand

Dirk Kopisch

Martin Wierer

Anlage zum Lagebericht

Verzeichnis der im Geschäftsjahr betriebenen Versicherungszweige

Selbst abgeschlossenes Geschäft

Krankheitskostenvollversicherung

Ergänzende Krankheitskostenversicherung

Krankentagegeldversicherung

Krankenhaustagegeldversicherung

Auslandsreisekrankenversicherung

Pflegepflichtversicherung

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegezusatzversicherung

Betriebliche Krankenversicherung

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Auslandsreisekrankenversicherung

Die von uns eingesetzten Rechnungsgrundlagen tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Rechnung. Nähere Hinweise zur Herleitung von biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich unter www.aktuar.de. Darüber hinaus werden jährlich spezifische Daten (Wahrscheinlichkeitstafeln, Kopfschäden) auf der Homepage der BaFin veröffentlicht (www.bafin.de).

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.243.669		8.590
II. geleistete Anzahlungen		280.315		277
			7.523.984	8.867
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.045.310			19.943
2. Beteiligungen	15.772.694			15.469
		40.818.004		35.412
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.599.824			55.869
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	221.041.147			206.388
3. Sonstige Ausleihungen	148.393.142			150.371
4. Andere Kapitalanlagen	2.500.000			2.500
		427.534.113		415.129
			468.352.118	450.541
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	1.008.411			1.015
2. Versicherungsvermittler	162.186			158
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	41.295			-
		1.211.892		1.173
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		291.187		825
davon:				
an verbundene Unternehmen: 179.009 €				810
III. Sonstige Forderungen		143.502		40
davon:				
an verbundene Unternehmen: 103.359 €			1.646.581	2.039
				-
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		678.413		754
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten		86		-
			678.499	754
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.041.073		3.638
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		52.771		90
			4.093.844	3.728
Summe der Aktiva			482.295.026	465.928

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 5. März 2025

Der Treuhänder

Norbert Sulitzky

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		8.000.000	8.000
II. Kapitalrücklage		23.143.000	23.143
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	657.000		657
2. andere Gewinnrücklagen	377.128		377
		<u>1.034.128</u>	1.034
		32.177.128	32.177
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge		3.087.966	2.515
II. Deckungsrückstellung		384.103.556	354.779
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		22.210.115	19.372
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. erfolgsabhängige	28.713.295		38.668
2. erfolgsunabhängige	921.205		972
		<u>29.634.501</u>	39.640
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>53.352</u>	57
		439.089.490	416.363
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.915.715	5.445
II. Sonstige Rückstellungen		<u>111.912</u>	129
		4.027.627	5.574
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	551.784		580
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-		1
		<u>551.784</u>	581
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		30.244	28
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen: 30.244 €			-
III. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>2.881.677</u>	7.367
davon:			
aus Steuern: 10.768 €			7.976
gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.500.000 €			16
			6.665
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
			3.537.077
			3.838
Summe der Passiva		482.295.026	465.928

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten Passiva B. II. eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 384.103.556 € unter Beachtung des § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Posten	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge f. e. R.				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	121.660.796			115.177
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	317.104			296
		121.343.692		114.881
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		-572.873		-21
			120.770.819	114.860
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			18.439.869	18.972
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		797.523		749
davon:				
aus verbundenen Unternehmen: 484.376 €				295.120
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		9.255.297		8.972
c) Erträge aus Zuschreibungen		330.370		508
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		662.305		258
			11.045.495	10.487
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.			839.720	678
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	88.254.391			80.370
bb) Anteil der Rückversicherer	213.655			106
		88.040.736		80.264
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		2.837.706		1.991
			90.878.442	82.255
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung		-29.324.654		-31.843
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		3.712		0
			-29.320.942	-31.843
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f. e. R.				
a) erfolgsabhängige		8.880.749		8.507
b) erfolgsunabhängige		865.222		934
			9.745.971	9.441
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.				
a) Abschlussaufwendungen	8.929.528			8.081
b) Verwaltungsaufwendungen	6.865.672			6.832
c) davon ab:		15.795.200		14.913
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		42.787		36
			15.752.413	14.877
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		257.937		254
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		742.911		539
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		410.105		3
			1.410.953	796
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.			80.351	118
11. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.			3.906.831	5.668
Übertrag:			3.906.831	5.668

Posten			
	€	€	Vorjahr Tsd. €
Übertrag:		3.906.831	5.668
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	2.096.894		805
2. Sonstige Aufwendungen	3.426.022		3.414
		-1.329.128	-2.609
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.577.703	3.059
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	70.258		37
5. Sonstige Steuern	7.446		22
		77.702	59
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		2.500.000	3.000
7. Jahresüberschuss		-	-

Anhang

Angaben zur Identifikation gem. § 264 Abs. 1a HGB

Die DEVK Krankenversicherungs-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 24806 eingetragen.

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und werden mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Bei geringwertigen Anlagegütern von untergeordneter Bedeutung, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** erfolgte zu Anschaffungskosten, niedrigeren Börsenkursen oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Der beizulegende Wert eines Fondsanteils wird auf Basis der Ermittlung der entsprechenden Werte der Einzelanlagen errechnet (Fondsdurchschau). Bei einem gemischten Fonds wird für Aktienpositionen und festverzinsliche Wertpapiere eine gesonderte Betrachtung durchgeführt und die weiteren Positionen (Zielfonds, Derivate, Bankguthaben, Forderungen etc.) werden unverändert zum Marktwert angesetzt. Im Rahmen der Durchschau in Fonds mit stiller Last auf den Anteilsschein werden die Schuldtitel im Fonds anhand einer bonitätsinduzierten Vorgehensweise auf stille Lasten analysiert. Nicht als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel werden einheitlich mit ihrem Nennwert angesetzt. Hierbei wird beachtet, dass die (fortgeführten) Anschaffungskosten dieser Schuldtitel im Fonds im Durchschnitt nicht wesentlich vom Nennwert abweichen. Die Non-Investment Grade-Titel und andere als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel werden mit ihrem Börsen- oder Marktpreis berücksichtigt.

Derivate wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zu dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wurden Marktwerte herangezogen. Für Aktienoptionen, deren Wert zum Stichtag die passivierte Verbindlichkeit überstieg, wurde eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der Glatstellungsmethode.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** und der **übrigen Ausleihungen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation, einer Differenz zwi-

schen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die anderen Kapitalanlagen wurden zu Anschaffungskosten bewertet.

Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zu Nennwerten abzüglich einer Wertberichtigung für das latente Ausfallrisiko sowie eine Pauschalwertberichtigung auf die restlichen Forderungsbestände bilanziert worden.

Die **Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** ergaben sich auf Grundlage der Rückversicherungsverträge und wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Sachanlagen betrafen, zu Nennwerten bewertet. Die Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen zwischen drei und zwanzig Jahren, bilanziert. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben Vorauszahlungen von Kosten für künftige Zeiträume die noch nicht fälligen Zinsansprüche und das Agio für Namensschuldverschreibungen zu Nennwerten angesetzt.

Die Bemessung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte nach folgenden Grundsätzen:

Die Berechnung der **Beitragsüberträge** erfolgte Tag genau unter Berücksichtigung des individuellen Versicherungsbeginns und unter Abzug der nicht übertragungsfähigen Teile unter Berücksichtigung eines 100%igen Kostenabzugs. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers gebildet. Der Anteil des in Rückversicherung gegebenen Versicherungsgeschäfts wurde den vertraglichen Regelungen entsprechend bewertet.

Die **Deckungsrückstellung** wurde einzeln unter Beachtung des tatsächlichen Versicherungsbeginns ermittelt, bei der Pflegepflichtversicherung und im Basistarif wurde ein mittlerer Versicherungsbeginn zum 1. Juli zu Grunde gelegt.

Die Deckungsrückstellung enthält ebenfalls Mittel zur Finanzierung der Beitragsentlastung im Alter gemäß § 149 VAG und § 150 VAG, soweit sie nicht in der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

thesauriert wurden. Für den Teil der Deckungsrückstellung, der aus dem Mitversicherungsvertrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV) resultiert, wurde der vom Geschäftsführer der GPV genannte Betrag übernommen.

Die **Direktgutschriften** entsprechend §150 (2) VAG als Bestandteil der Deckungsrückstellung wurden mit der Einführung eines neuen Verwaltungssystems in 2023 bereits im vergangenen Jahr auf eine neue Berechnungslogik umgestellt, in der die Direktgutschriften inkl. Zuführungen entsprechend der Berechnung der Bilanzalterungsrückstellung auf den Bilanzstichtag interpoliert wurde. Im Geschäftsjahr werden die Zuführungen zu den Direktgutschriften nicht mehr interpoliert. Hier hat es nur geringfügige Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage gegeben.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird mit dem ChainLadder-Verfahren unter Verwendung der erst nach dem Bilanzstichtag gezahlter, aber bereits zuvor angefallener Schadenzahlungen vergangener Geschäftsjahre, berechnet. Leistungsrückstände werden angemessen berücksichtigt. Die angefallenen Schadenregulierungsaufwendungen werden approximativ über die Höhe der Schadenrückstellung und der Schadenregulierungskostenquote, welche auf Basis der angefallenen Leistungen separat für das Geschäftsjahr und zwei Vorjahre ermittelt wird, bestimmt und zu 100% in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle berücksichtigt. Die Brutto-Rückstellungen für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend der Angaben der Erstversicherer gebildet. Der Anteil des in Rückversicherung gegebenen Versicherungsgeschäfts wurde den vertraglichen Regelungen entsprechend bewertet.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für die Deckung künftig eintretender Verluste aus dem überrechnungsmäßigen vorzeitigen Abgang. Die Rückstellung wurde prozentual aus der Summe aller negativen Alterungsrückstellungen berechnet.

Die anderen **Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafel 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde mit 1,90 % (Vorjahr 1,83 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet. Die Gehaltsdynamik wurde mit 2,0 % p. a., der Trend zur Beitragsbemessungsgrenze wurde mit 3,0 % p. a. und die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 2,0 % bzw. 1,0 % p. a. angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag -36.435 € (Vorjahr 58.515 €).

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** ergaben sich auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge und wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Die Währungsumrechnung von Posten in fremder Währung erfolgte zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs. Die Währungsumrechnung von Leistungen der Auslandsreise-Krankenversicherung erfolgte bedingungsgemäß zum Kurs des Tages, an dem die Belege beim Versicherer eingingen, es sei denn, dass der Versicherungsnehmer einen ungünstigeren Kurs nachwies.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2024

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.590	64	89	-	-	1.500	7.243
2. geleistete Anzahlungen	277	93	- 89	-	-	-	281
3. Summe A.	8.867	157	-	-	-	1.500	7.524
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	19.943	5.102	-	-	-	-	25.045
2. Beteiligungen	15.469	768	-	465	-	-	15.772
3. Summe B. I.	35.412	5.870	-	465	-	-	40.817
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.869	6.201	-	5.942	214	743	55.599
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	206.388	22.503	-	7.967	117	-	221.041
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	119.500	2.000	-	2.000	-	-	119.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	30.871	32	-	2.010	-	-	28.893
4. Andere Kapitalanlagen	2.500	0	-	-	-	-	2.500
5. Summe B. II.	415.128	30.736	-	17.919	331	743	427.533
insgesamt	459.407	36.763	-	18.384	331	2.243	475.874

In den immateriellen Vermögensgegenständen ist das Bestandsführungs- und Leistungssystem (KLuB) enthalten und wird seit dem Geschäftsjahr 2024 über eine Dauer von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

In gewissem Umfang haben wir Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2024 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.045.310	29.110.882
2. Beteiligungen	15.772.694	24.632.854
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.599.824	66.726.531
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	221.041.147	203.582.749
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	119.500.000	103.074.396
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	28.893.142	25.382.314
4. Andere Kapitalanlagen	2.500.000	2.500.000
insgesamt	468.352.117	455.009.726
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	348.852.118	351.935.329
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	260.568.048	244.712.852

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 39,2 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf die Sonstigen Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Teil auf der Basis von Ertragswerten bzw. zum Net Asset Value oder Buchwert gleich Marktwert.

Sowohl Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinsliche Wertpapieren, als auch Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bzw. Rücknahmepreisen oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu marktüblichen Konditionen ermittelt.

Die Zeitwertermittlung anderer Kapitalanlagen erfolgte Buchwert gleich Marktwert.

Bei auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wurde der entsprechende Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.732	4.295
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	143.369	124.664
Sonstige Ausleihungen	135.877	115.792

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, diese Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nach unserem Bewertungstool oder unseren Analysen nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Derivative Finanzinstrumente und Vorkäufe gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Premie Tsd. €	beizulegender Wert der Premie Tsd. €
Sonstige Verbindlichkeiten	Short-Put-Optionen	300	16	17
	Short-Call-Optionen	624	23	14

Bewertungsmethode

Optionen: europäische Optionen Black-Scholes
amerikanische Optionen Barone-Adesi

Anteile oder Anlageaktien in inländischem Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Aktiefonds	187	4.973	341	
Rentenfonds	643	21.633	213	
Immobilienfonds	453	15.202	1.828	zwischen 1 Monat bis nach 6 Monaten

Zu Aktiva B. I.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Grundversorgung S.C.S., Luxemburg (L)	3,87	181.130.010 ¹	284.140 ¹
DAI SICAV-RAIF S.C.S., Munsbach (L)	5,00	255.118.087	10.041.835
CAM Healthcare Opportunities Fund I GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Köln	4,95	81.276.931 ²	4.623.109 ²

¹ Basis Teilkonzernabschluss

² Basis Geschäftsjahr 2023

Zu Aktiva B. II.

Sonstige Kapitalanlagen

Die **anderen Kapitalanlagen** setzen sich aus Private Equity Dachfondsanteilen zusammen.

Zu Aktiva E. II.

Rechnungsabgrenzungsposten

Vorauszahlungen für künftige Leistungen	18.922 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	33.849 €
	52.771 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 8,0 Mio. € ist in 8,0 Mio. auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. II.

Deckungsrückstellung

In der Position Passiva B. II. sind Deckungsrückstellungen in Höhe von 0 € enthalten, welche auf zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gekündigte Verträge entfallen. Es handelt sich hierbei um Verträge, für die ein Übertragungsanspruch eines Nachversicherers der privaten Krankheitskostenvollversicherung und Pflegepflichtversicherung gemäß § 146 Abs. 1 VAG besteht.

Zu Passiva B. IV.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Tsd. €	Poolrelevante RfB aus der PPV	Betrag nach § 150 Abs. 4 VAG
1. Bilanzwerte Vorjahr	38.667	-	56	915
2. Entnahme zur Verrechnung	18.440	-	0	-
3. Entnahme zur Barausschüttung	396	-	-	915
4. Zuführung	8.881	-	16	849
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	28.713	-	72	849

6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 150 VAG: 840,9 Tsd. €

Zu Passiva E.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	3.537.077 €
---	--------------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Bruttobeiträge		
– Einzelversicherungen	115.053	108.675
– Gruppenversicherungen	4.806	4.705
gebuchte Bruttobeiträge		
– laufende Beiträge	112.763	107.251
– Einmalbeiträge	7.096	6.129
gebuchte Bruttobeiträge		
– Krankheitskostenversicherungen	5.818	5.353
– Krankentagegeldversicherungen	6.583	6.521
– selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	2.028	1.992
– sonstige selbstständige Teilversicherungen	97.057	92.202
– Pflegepflichtversicherungen	1.277	1.183
– Auslandsreise-Krankenversicherung	7.096	6.129
Beitragszuschlag nach § 149 VAG	360	325
Rückversicherungssaldo	-61	-154

Zum 31. Dezember 2024 beträgt der in den Tarifen der DEVK Krankenversicherungs-AG einkalkulierte durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins (duRz) 1,771 %.

Zu Posten I. 3. und I. 9

Erträge aus Kapitalanlagen und Aufwendungen für Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus Kapitalanlagen entfallen 9.824 € (Vorjahr - €) auf die Währungsumrechnung. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten 9.209 € (Vorjahr 3.109 €) aus der Währungsumrechnung.

Zu Posten I. 4.

Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.

In den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen sind Übertragungswerte von Vorversicherungsunternehmen der privaten Krankheitskostenvollversicherung und der Pflegepflichtversicherung gemäß § 146 Abs. 1 VAG in Höhe von 74.238 € enthalten.

Zu Posten I. 6.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

In der Veränderung der Alterungsrückstellung ist eine Direktgutschrift gemäß § 150 Abs. 2 VAG in Höhe von 824.724 € enthalten.

Zu Posten I. 7.

Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung f. e. R.

In den Aufwendungen für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung sind Aufwendungen gemäß § 150 Abs. 4 VAG in Höhe von 16.156 € enthalten.

Zu Posten I. 10.

Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.

In den sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen sind Übertragungswerte gemäß § 146 Abs. 1 VAG, die auf Nachversicherungsunternehmen der privaten Krankheitskostenvollversicherung und der Pflegepflichtversicherung übertragen wurden, in Höhe von 17.414 € enthalten.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4.847	4.533
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	405	399
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-	367
insgesamt	5.252	5.299

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung, mit Ausnahme der Zinszuführung, wird der DEVK Krankenversicherungs-AG belastet.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

Gesamtbezüge der Gremien

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 436.906 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 164.367 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2024 eine Pensionsrückstellung von 2.308.430 € bilanziert. Die Pensionsrückstellung für ausgeschiedene Anwärter belief sich auf 91.972 €. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 65.093 €.

Die Anhangangabe § 285 Nr. 10 HGB zur Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 69.174 € aufgewendet. Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 17,9 Mio. €. Diese setzten sich zusammen aus den Resteinzahlungsverpflichtungen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (17,0 Mio. €) und offenen Short-Optionen (0,9 Mio. €). Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 16,0 Mio. €.

Aufgrund der gesetzlichen Regelungen in den §§ 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds kann nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge in Höhe von max. 2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Demnach würde sich für 2024 eine Zahlungsverpflichtung von 832.726 € ergeben.

Auswirkungen aus dem Mindeststeuergesetz (MinStG)

Das MinStG, das am 15. Dezember 2023 vom Bundesrat final beschlossen wurde und am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, ist Teil des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (MinBestRL-UmsG), welches der nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Europäischen Union dient. Das MinStG ist grundsätzlich auf Geschäftsjahre anwendbar, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen.

Die Gruppenträgerin der deutschen Mindeststeuergruppe sowie gleichzeitig die oberste Muttergesellschaft i. S. d. § 4 Abs. 3 MinStG ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn. Auswirkungen aus der Anwendbarkeit des MinStG resultieren daher auf Ebene der Berichtsgesellschaft nicht.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Anzahl der versicherten natürlichen Personen im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
Zahl der versicherten natürlichen Personen	498.238	482.613
– Krankheitskostenversicherung	1.544	1.474
– Krankentagegeldversicherungen	147.803	136.940
– selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	59.744	58.960
– sonstige selbstständige Teilversicherungen	335.951	344.912
– Pflegepflichtversicherungen	1.785	1.724
– Auslandsreisekrankenversicherung	511.656	543.367

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, mit 100 % beteiligt. Die Gesellschaft DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im Unternehmensregister veröffentlicht.

Unsere Gesellschaft ist von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen, befreit.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss für den größten und zugleich kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Köln, 6. März 2025

Der Vorstand

Dirk Kopisch

Martin Wierer

Unter der Bedingung, dass der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstands zustimmt, vom Gesamtüberschuss € 8.880.748,69 der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuweisen, erteilen wir den nachstehenden Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europa-rechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1. Bewertung der Kapitalanlagen**
- 2. Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 468.352.118 (97,1 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die handelsrechtliche Bewertung der einzelnen Kapitalanlagen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. deren Zeitwert. Nach § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB können gewisse Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden. In diesem Fall werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip) und nur vorübergehende Wertminderungen als stille Lasten in Folgejahre vorgetragen. Eine Bestimmung als dauernd dem Geschäftsbetrieb dienend setzt eine Dauerhalteabsicht und -fähigkeit für diese Kapitalanlagen voraus. Zur Ermittlung des beizulegenden Werts bzw. Zeitwerts wird – soweit vorhanden – der Marktpreis der jeweiligen Kapitalanlage herangezogen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt (wie z.B. bei nicht börsennotierten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, bei Derivaten sowie bei sonstigen strukturierten und illiquiden Anleihen), besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen, auch im Hinblick auf mögliche Auswirkungen der makroökonomischen und geopolitischen Einflussfaktoren einschließlich der Zinsentwicklung auf die Bewertung der Kapitalanlagen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, des Umfangs der in Folge des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragenen stillen Lasten sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. In dem Zusammenhang haben wir auch die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Auswirkungen der makroökonomischen und geopolitischen Einflussfaktoren einschließlich der Zinsentwicklung auf die Bewertung der Kapitalanlagen gewürdigt. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Hinsichtlich der Beurteilung vorhandener stiller Lasten haben wir gewürdigt, inwiefern die Voraussetzungen zur Dauerhaltabsicht und -fähigkeit vorlagen und vorhandene Wertminderungen nicht von Dauer sind. Darüber hinaus haben wir die von der Gesellschaft eingeholten Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Kapitalanlagen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter den Bilanzposten Deckungsrückstellung, Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Rückstellung für Beitragsrückerstattung Brutto-Rückstellungen in Höhe von insgesamt € 435.948.172 (90,4 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die aufgelisteten Bilanzposten stellen zusammen die versicherungstechnischen Rückstellungen dar, die in der Folge behandelt werden. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Dabei sind neben den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auch eine Vielzahl an aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die Berechnung der Rückstellungen zu berücksichtigen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen verlangt von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, der Komplexität der anzuwendenden Vorschriften und der zugrundeliegenden Berechnungen sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der versicherungstechnischen Rückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von versicherungstechnischen Rückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen. Wir haben hierbei unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Weiterhin haben wir die Zuführung zu sowie die Bindung und Verwendung von Mitteln aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung überprüft. Darüber hinaus haben wir die Bestätigungen des Treuhänders für durchgeführte Beitragsanpassungen eingesehen und abgestimmt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den versicherungstechnischen Rückstellungen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen

entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

- Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als

Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 15. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 29. Oktober 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ludger Koslowski.

Köln, den 3. April 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

Maximilian Roestel
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2024 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und den Lagebericht 2024 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2024 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 7. Mai 2025

Der Aufsichtsrat

Rüßmann

Vorsitzender

